



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Zur angekündigten Blockade der Krankenhausreform durch die Union bei der anstehenden Bundesratssitzung am 22. November 2024

„Blockade der Krankenhausreform durch die Union gefährdet Gesundheitsversorgung und destabilisiert Krankenhäuser“

Berlin, 21.11.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB

*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:

Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Anlässlich der Sitzung des Deutschen Bundesrats und einer möglichen Anrufung des Vermittlungsausschusses erklärt Dr. Christos Pantazis, stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter für die Krankenhausreform:

„Am 17. Oktober 2024 hat der Deutsche Bundestag unter der Führung der SPD-Bundestagsfraktion die umfassendste Krankenhausreform der letzten zwei Jahrzehnte beschlossen. Diese Reform markiert einen historischen Wendepunkt in der Gesundheitsversorgung in Deutschland: Sie bringt mehr Qualität in unsere Krankenhäuser, sichert ihre Zukunft und stellt die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt. Doch genau diese Reform droht jetzt an der Blockadehaltung der unionsgeführten Länder zu scheitern.“

Union blockiert Fortschritt – mit gravierenden Konsequenzen

„Die Reform, die derzeit im Bundesrat diskutiert wird, hat das Potenzial, grundlegende Probleme in unserem Gesundheitssystem zu lösen. Doch CDU und CSU riskieren aus rein wahltaktischen Gründen den Erfolg dieses Vorhabens. Statt Verantwortung zu übernehmen, betreiben sie parteipolitische Spielchen – auf Kosten der Patientensicherheit und der Zukunft unserer Krankenhäuser.“

Ein Scheitern der Reform hätte katastrophale Folgen:

- **Verlust des Transformationsfonds (5 Milliarden Euro):** Gelder, die dringend für Modernisierung und strukturelle Anpassungen benötigt werden, bleiben aus.
- **Keine Zuschläge für Kinderheilkunde und Geburtshilfe:** Ab 2025 fehlen 420 Millionen Euro, ab 2027 sogar jährlich 680



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Millionen Euro, die speziell für diese sensiblen Bereiche vorgesehen waren.

- **Ignorierte Tarifsteigerungen (1,2 Milliarden Euro):** Ohne die Reform bleiben Krankenhäuser auf rückwirkenden Tarifkosten von 500 Millionen Euro für 2024 und weiteren 700 Millionen Euro für 2025 sitzen.

- **Landesbasisfallwert ohne Anpassung:** Die volle Ausschöpfung rückwirkend ab 2024 würde nicht umgesetzt – ein entscheidender Nachteil für die Finanzierung der Kliniken.

- **Kein Einstieg in die Vorhaltevergütung:** Ein zentrales Element zur Entkommerzialisierung und Sicherung der flächendeckenden Versorgung wird verhindert.

Eine Blockade gefährdet das gesamte System

„Ohne diese Reform drohen Insolvenzen in großem Stil. Kliniken werden reihenweise schließen müssen, und in einigen Regionen könnte die Gesundheitsversorgung komplett zusammenbrechen. Das ist kein theoretisches Szenario – das ist die Realität, die uns erwartet, wenn diese Reform scheitert,“ warnt Dr. Pantazis eindringlich.

„Die Union hat selbst Vorschläge wie eine Brückenfinanzierung eingebracht, um den Übergang zu erleichtern. Doch nun erteilt sie diesen Lösungen eine Absage und lässt Krankenhäuser und Patientinnen und Patienten im Stich“, erklärt Dr. Pantazis.

Ein Appell an die Verantwortung

„Die Vertreterinnen und Vertreter der Länder im Bundesrat müssen jetzt Farbe bekennen: Stehen sie für eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung oder für parteipolitisches Kalkül? Der Moment der Entscheidung ist gekommen – und ein Nein zur Reform ist ein Nein zur Sicherung der Krankenhäuser und zur Gesundheit der Menschen,“ so Dr. Pantazis abschließend.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eindringlich, die Reform nicht weiter zu blockieren und damit das Fundament unseres Gesundheitssystems nachhaltig zu gefährden.